

Deutsche Muslime feiern Ramadanwunder



Im Gegensatz zu anderen Religionen herrscht im Islam bekanntlich kein Zwang im Glauben. Deshalb sind deutsche Muslime besonders beglückt über ein Ramadanwunder, das die Brüder aus dem fernen Afghanistan melden. Ein US-Soldat, den Freiheitskämpfer aus den Zwängen seiner Armee befreit haben, war so überwältigt von der Schönheit der Religion des Friedens, dass er seinen Befreier jetzt beibringt, Bomben zu bauen.

Bomben bauen konnten die Taliban bisher nämlich noch nicht. Und jetzt zeigt ihnen der neue Bruder, wie man mit einem Handy eine Sprengfalle fernzündet. Das hat er sicher bei der Armee gelernt. Die Amis sind ja bekannt für die selbstgebastelten Bomben am Wegesrand. Der [deutsche Muslimblog Ansar ul Haqq](#) kann sich ein Alahu Akbar nicht verkneifen:

Gefangener US-Soldat konvertiert zum Islam! Allahu Akbar

Die Taliban verkünden dass der gefangene US-Soldat, Private Bowe Bergdahl, zum Islam konvertiert ist und nun den Mudschaahidiin den Bombenbau und andere militärische Fähigkeiten beibringt.

Der 24-jährige ist zum Islam konvertiert und trägt jetzt den Namen Abdullah, sagte ein Talibansprecher.

Ein Talibankommandant in Paktika, Haji Nadeem, sagte der Sunday Times dass Bergdahl ihm beibrachte wie man aus einem

Mobiltelefon eine Fernzündung machen könne.

Es wurden angeblich auch schon 2 Abtrünnige erschossen die versuchten den Aufenthaltsort von Muschaahid Abdullah Bergdahl zu verraten.

Wir machen Dua dass Bruder Abdullah stark und standhaft auf dem Islam bleibt, und dass er der Erste von vielen solcher Konvertiten ist, so wie auch im früheren Dschihaad einige russische Soldaten konvertiert sind und dann Dschihaad gemacht haben.

Auch von uns unsere herzlichen Ramadan-Glückwünsche an unsere muslimischen Mitbürger zu dieser frohen Kunde!



Frau aus Gaza als "Hexe" hingerichtet



Am Mittwoch wurde eine 62-jährige Frau aus Gaza [vor den Augen ihres Mannes erschossen](#) und zwar nicht etwa

von israelischen Soldaten oder dergleichen. Jabriyeh Abu Kanas musste sterben, weil sie Nachbarn bei der Hamas der Hexerei bezichtigt hatten. Als die Vorwürfe mit keinerlei Beweisen bekräftigt werden konnten, ging einer einfach hin und tötete die Frau. Sanktionen muss der Mörder dafür keine fürchten. Seit die Hamas die Kontrolle im Gazastreifen übernommen hat, ist die Todesstrafe wieder eingeführt worden. Zu den „todeswürdigen Verbrechen“ gehört für sie auch die „Hexerei“.



Selbstmordanschlag auf Rekruten im Irak



Die irakischen Streitkräfte suchen derzeit nach jungen Soldaten, um sich auf den bevorstehenden Abzug der US-Truppen vorzubereiten. Die Hasser des Westens scheuen, um die von den US-Truppen mühsam erkämpfte Ordnung im Irak so schnell wie möglich wieder zu zerstören, nicht davor zurück, eigene junge Landsleute brutal zu ermorden, die sich für eine neue Zukunft ihres Landes einsetzen wollen.

Bei einem blutigen Selbstmordanschlag auf Rekruten im Zentrum von Bagdad sind heute mindestens 60 Menschen getötet und 125 verletzt worden.

Sp0n [berichtet](#):

Die Mehrheit der Opfer seien Rekruten, unter den Toten befänden sich aber auch Soldaten. Der Selbstmordattentäter zündete den Angaben zufolge gegen 07.30 Uhr (Ortszeit) eine Sprengstoffweste, nachdem er sich in die Schlange vor dem Rekrutierungsbüro im Viertel Baab al-Muatham im Zentrum der Hauptstadt gestellt hatte.

20 Minuten [ergänzt](#):

Am Ort des Anschlags, der sofort von den Sicherheitskräften abgeriegelt wurde, waren in Lachen von Blut abgerissene Beine und Hände zu sehen. US-Hubschrauber kreisten über dem Gebiet. Zwei verletzte Rekruten sagten, möglicherweise sei auch ein Auto explodiert, was die hohe Opferzahl erklären könnte. Ein Militärsprecher wies das jedoch zurück. „Wir saßen dort und jemand rief wegen eines geparkten Autos“, sagte der 21-jährige Rekrut Ali Ibrahim. Er habe seit 03.00 Uhr am Morgen vor dem Gebäude gewartet. „Dann kam es zur Explosion und ich wurde auf den Rücken geworfen“, erklärte er weiter. „Es war schrecklich.“

Vor dem früheren Verteidigungsministerium hatten sich gegen 1.000 Rekruten versammelt, weil heute die Bewerbungsfrist zur Armee ablaufen sollte. Einige von ihnen ruhen jetzt bereits in islamischem „Frieden“.

Ground Zero-Moschee: Obama macht Rückzieher



US-Präsident Barack

Obama hat seine zunächst geäußerte Unterstützung für die Moschee am Ground Zero in New York ([PI berichtete](#)) nach massiven Protesten der 9/11-Opferverbände relativiert. In Florida sagte Obama am Samstag, er habe lediglich das Recht der Muslime betont, wie alle anderen auch ihre Religion auszuüben.

Die [Welt](#) berichtet:

US-Präsident Barack Obama hat sich nach langem Zögern in die Debatte um den umstrittenen Bau einer Moschee an New Yorks Ground Zero eingeschaltet. Nachdem er das Projekt zunächst unter Hinweis auf die Religionsfreiheit unterstützte, relativierte Obama seine Äußerungen nach scharfer öffentlicher Kritik.

Der Präsident hatte anlässlich eines Essens zum Fastenbrechen im Ramadan im Weißen Haus noch erklärt: „Muslime haben das Recht, ihre Religion auszuüben, wie jeder andere in diesem Land“. Einen Tag drauf sagte er: „Ich werde die Weisheit der Entscheidung nicht kommentieren, eine Moschee dort einzurichten.“

Das Recht zur freien Religionsausübung dürfe durch nichts erschüttert werden, sagte der Präsident. „Das schließt das Recht auf den Bau eines Gotteshauses und eines Gemeindezentrums auf Privatgrund in Lower Manhattan ein,

solange es den örtlichen Gesetzen entspricht.“ Obama verwies auf den ersten Zusatz zur amerikanischen Verfassung, der die Religionsfreiheit garantiert und eine Diskriminierung aus religiösen Motiven verbietet.

Die “Welt” schreibt weiter:

Vor allem Konservative, aber auch Opferverbände hatten auf die Unterstützung des Präsidenten mit scharfer Kritik reagiert. „Barack Obama hat Amerika an einem Ort verlassen, wo das Herz Amerikas vor neun Jahren gebrochen wurde, und wo ihre wahren Werte für alle zu sehen waren“, erklärte am Samstag Debra Burlingame von der Organisation „9/11 Families for a Safe & Strong America“ (Familien des 11. September für ein sicheres und starkes Amerika). Nach einer Umfrage des Fernsehsenders CNN lehnen 68 Prozent der US-Bürger den Bau der Moschee ab. 29 Prozent befürworten ihn.

Eine Umfrage, die FoxNews veröffentlichte, kommt zu ähnlichen Ergebnissen, zeigt aber deutlich besser die Konfliktpunkte auf: Auf die Frage, ob es angemessen sei, in der Nähe von Ground Zero eine Moschee zu erbauen, äußern 30% es sei angemessen, während 64% das nicht so sehen, und lediglich sechs Prozent hierzu keine Meinung haben. Auf die Frage jedoch, ob die Muslime ein Recht haben, die Moschee in der Nähe von Ground Zero zu bauen, sagen 61% das Recht haben sie, während dieses Recht von 34% bestritten wird. Hier sind es 5% Unentschiedene.

Nachdem Obama sich aber nun einmal in die Debatte eingemischt hatte, wollte er sich genau zu dem Punkt, der von Interesse ist und der ihm die harte Kritik eingebracht hat, nicht mehr äußern: Warum wird die Moschee, die im Übrigen eine von [über 100 Moscheen in New York City](#) (!) wäre, genau an diesem Ort gebaut?

Es wäre auch interessant zu erfahren, warum der Imam das Angebot nicht annimmt, die Moschee auf einem öffentlichen Grundstück in New York zu errichten, das vom Ground Zero weiter entfernt ist? ([PI berichtete](#)).

Auch äußerte sich Obama nicht dazu, dass der Imam die USA für die Anschläge vom 11. September 2001 mitverantwortlich macht. Da Obamas langjähriger Priester und geistiger Mentor Jeremiah Wright den USA das gleiche unterstellt, dürfte ihm diese Behauptung nicht einmal negativ aufgefallen sein. Warum sich Obama aber auch nicht zu der Sichtweise des Imams bezüglich Scharia äußert, da er sich schon einmal in die Debatte eingemischt hat, macht doch stutzig. Obama äußert sich lieber zu dem Aspekt, der am wenigsten umstritten ist, um dann nichts mehr zu sagen, wenn es schwierig wird.

Dieser Moscheebau hat und wird noch mehr „Westler“ davon überzeugen oder vielmehr ihnen vor Augen führen, dass eine Moschee nicht nur ein Gotteshaus ist. Seit Jahrtausenden drückt der Mensch über Architektur seine Botschaften an seine Mitmenschen aus. Und so wie die Terroristen um die Signalwirkung der Twin Tower des World Trade Centers wussten, so weiß der Imam vom Ground Zero um die Botschaft der von ihm geplanten Moschee. Man könnte ihm auch dankbar sein, wievielen er damit nun endgültig beigebracht haben dürfte, für was eine Moschee steht. Sie ist in Stein gewordener Herrschaftsanspruch und Zeichen des Triumphes oder wie es der [türkische Ministerpräsident Erdogan](#) ausdrückt:

„Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“

- » PI vom 7.6.: [5000 Demonstranten gegen Megamoschee in NYC](#)
- » BILD: [Zehn Gründe, warum Obamas Stern so schnell sinkt](#)

Erdogan – ein Giftgasmörder?



Schwere Vorwürfe erheben Kurden, Menschenrechtsgruppen und deutsche Wissenschaftler gegen den mohammedanischen Türkenführer Erdogan. Wie die *taz* jetzt veröffentlichte, gibt es Hinweise darauf, dass die Türkei, ähnlich wie seinerzeit das Regime von Saddam Hussein, chemische Waffen im Konflikt mit den Kurden im türkisch-irakischen Grenzgebiet einsetzt.

Die [taz berichtet](#):

Die Fotos zeigen grauenhaft entstellte, schwer deformierte Leichen in offenen gelben Plastiksäcken. Die Gliedmaßen sind zerfetzt, grobe Nähte halten die Körper zusammen. Es sind Bilder, die man nicht in einer Zeitung oder im Netz abgebildet sehen möchte. Und sie dokumentieren möglicherweise ein Kriegsverbrechen der türkischen Armee.

Türkisch-kurdische Menschenrechtler hatten die 31 Bilder zugespielt bekommen. Im März übergaben sie sie Teilnehmern einer Delegation aus Türkei-Experten, Abgeordneten, Mitarbeitern der Vereinigung Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs und der taz.

Die Bilder zeigen vier von insgesamt acht toten PKK-Kämpferinnen und Kämpfern im Alter zwischen 19 und 33 Jahren;

zwei Frauen und sechs Männer. Der Zustand der Leichen weckte bei den Kurden den Verdacht, dass die türkische Armee chemische Kampfstoffe gegen sie eingesetzt haben könnte. Wäre das wahr, hätte die Türkei gegen die von ihr ratifizierte UN-Chemiewaffenkonvention verstoßen, die den Einsatz solcher Waffen verbietet.

Die PKK-Kämpfer sollen im September 2009 nahe der Stadt Cukurca ums Leben gekommen sein. Das Gebiet ist eine Hochburg der kurdischen Guerilla. Nach ihren Angaben hat diese derzeit 7.000 bewaffnete Kämpferinnen und Kämpfer, immer wieder stoßen PKK-Einheiten aus Nordirak in diese Region vor.

Am 8. September meldete der türkische Generalstab, dass in Cukurca ein türkischer Soldat von der PKK getötet worden war. Die Militärführung schickte Hubschrauber, Einheiten der Armee rückten aus, um die Rebellen zu jagen. Solche Vorfälle sind keine Seltenheit in der Gegend, die seit dem Ausbruch der Kämpfe Mitte der Achtzigerjahre nie richtig zur Ruhe gekommen ist.

Den Menschenrechtlern zufolge hat ein Bewohner der Region den Zusammenstoß beobachtet. Die acht Kämpfer hätten sich in einer Höhle vor der herannahenden Armee versteckt. Die habe sie dort aufgespürt und ein größeres Geschoss in die Höhle gefeuert. Nach einer Wartezeit hätten Soldaten die leblosen Körper aus der Höhle geholt, auf sie geschossen und einige der Körper mit Panzerfahrzeugen überrollt.

In den letzten Wochen hat das rechtsmedizinische Institut der Uniklinik Hamburg-Eppendorf im Auftrag der taz die Bilder untersucht. Zwar besitzen solche Fotos nur einen sehr begrenzten Beweiswert. Doch die Ergebnisse des Eppendorfer Forensikers Jan Sperhake stützen die kurdische Darstellung: Eine der Leichen wies „hochgradige Zerstörungen“ auf, wie sie an „den Zustand nach Bahnüberfahrungen erinnern“, schreibt Sperhake. Teils quollen Leber, Darmschlingen und andere Organe aus den Körpern, die Muskulatur liege teils

großflächig frei, Gliedmaßen seien enorm zerstört. Neben vermutlichen Stich- und Schussverletzungen weisen die Toten auch Verletzungen auf, die auf eine Explosion zurückgehen könnten.

Vor allem aber zeigen zwei der abgebildeten Leichen eigentümliche großflächige Hautdefekte. So etwas kann theoretisch auch durch Hitze entstehen. Doch dies schließt Sperhake weitgehend aus: Kopfhaare, Lider, Brauen und Bart wiesen, soweit beurteilbar, keine Hitzeeinwirkungen auf. Sein Fazit: „Angesichts des Zustands der Leichen muss deshalb in Betracht gezogen werden, dass chemische Substanzen eingesetzt worden sein könnten.“

Um eine bloße Fälschung handelt es sich offenbar nicht. „Es gibt keinerlei Hinweise auf eine Manipulation“, sagt der Bildfälschungsexperte Hans Baumann, der die Aufnahmen ebenfalls begutachtete. „Die Bilder sind in sich vollständig konsistent. In dieser Form ist das praktisch nicht fälschbar“, sagt Baumann, der das Bildbearbeitungs-Fachmagazin Docma herausgibt.

Die türkische Regierung weist den Verdacht des Chemiewaffeneinsatzes zurück. Bei der PKK handele es sich um eine Terrororganisation, weshalb die Türkei ihren „multidimensionalen Kampf gegen sie entschieden fortsetzt“, erklärte das Außenministerium auf eine Anfrage der taz.

Doch die Türkei sei Unterzeichnerstaat der Chemiewaffenkonvention, weshalb sich im Inventar ihrer Streitkräfte keine biologischen oder chemischen Waffen befänden. Die Leichen seien nach einer Obduktion freigegeben und an Familien, Freunde oder „Sympathisanten der Terrororganisation“ übergeben worden. Warum und mit welchem Ergebnis sie obduziert wurden und wie sie zu Tode kamen, dazu verweigerte die Türkei Angaben.

Immer wieder erheben kurdische Organisationen den Vorwurf,

die türkische Armee würde nicht nur die Leichen toter Guerillas schänden, sondern auch chemische Waffen einsetzen – so, wie es Saddam Hussein 1988 beim Massaker von Halabdscha im Nordirak getan hat. Damals starben bis zu 5.000 Kurdinnen und Kurden qualvoll, mutmaßlich an einer Mischung aus Senfgas und Sarin. Doch dass auch die Türkei Chemiewaffen einsetzt, konnte nie bewiesen werden. Eine unabhängige Untersuchung ließ die Türkei aber auch nie zu.

Es wird Zeit, dass die internationale Gemeinschaft dem fanatischen Türkenführer Erdogan auf die Finger schaut. Offene Kooperation mit Schurkenstaaten und Terrororganisationen, jetzt der Vorwurf des illegalen Besitzes und des Einsatzes von chemischen Waffen – alles deutet darauf hin, dass sich in der Türkei ein neues Problem im Nahen Osten bildet, das an Brisanz schon bald dem Irak ähnlich werden könnte. Auch Saddam galt lange als Verbündeter des Westens. Sein Regime endete am Galgen. Daran sollte Erdogan gelegentlich denken.



Video: Deutsche Dschihadisten in Afghanistan



Der [Spiegel](#)

berichtet heute über ein neues Propagandavideo, das Bonner Islamisten in Afghanistan angefertigt haben. Darin werden drei deutsche Mitkämpfer kurz nach ihrer Ankunft begrüßt. PI zeigt das Video in voller Länge, das auf der Website der Terroristen gefunden wurde.

In dem langatmigen Video (39 min) heißt der Bonner Terrorist seine drei Mit-Dschihadisten willkommen. Seine deutschen Mitstreiter sind gerade eingetroffen, um den Kampf gegen die Ungläubigen von Deutschland nach Afghanistan zu verlegen. Mounir C. (als Abu Adam bekannt) spricht von den Beschwerden der Reise von Deutschland auf den Boden der Ehre, von wo eine Abkürzung ins Paradies (vergleiche Sure 9 Vers 111) führt.

Bei der Überprüfung des Videos ergibt sich Überraschendes. Der Server, auf dem die Videos platziert wurden, steht an einem sicheren Ort, wo er vor Kriegs- bzw. Dschihadsschäden geschützt ist. Die IP-Adresse des Servers führt zu einem großen Anbieter aus dem Rhein/Main-Gebiet. Die Internetseite (Domain) ist in der Türkei bei der türkischen Telekom offiziell registriert. Der Administrator und Kostenträger hat sich bei der türkischen Telekom unter einer Istanbul Adresse einschließlich der Telefonnummer angemeldet.

Zurück zum Video: Während seine Mitstreiter auf der langwierigen Reise waren, hat Mounir bereits ein ausgeklügeltes Freizeitprogramm erarbeitet. Dieses sieht neben

der Befreiung Jerusalems, die Errichtung eines islamischen Gottesstaates in Israel und in Deutschland vor. Der Bonner mit türkischem Migrationshintergrund, der in Afghanistan seine Religionsfreiheit voll auslebt, spricht mit rheinischem Singsang auf seine neugewonnenen Kampfgenossen ein.

Der Spiegel schreibt:

Die Authentizität des Videos konnte nicht unmittelbar unabhängig bestätigt werden – alle äußeren Anzeichen sprechen aber dafür: so etwa der Fundort, der Inhalt, die Stimme des Sprechers und sein Aussehen. Mounir C. ist bereits in mehreren Propagandavideos der IBU aufgetreten.

Die IBU ist eine ursprünglich usbekische Organisation, die aber ihr Operationsgebiet schon vor Jahren ins pakistanisch-afghanische Grenzgebiet verlegt hat. Ihre Kämpfer werden insgesamt auf mehrere hundert bis tausend geschätzt. Sicher ist, dass sie an verschiedenen Fronten kämpfen. So haben IBU-Kämpfer sich Gefechte mit pakistanischen Soldaten geliefert, aber auch Nato-Konvois attackiert. Auch bei einem Anschlag auf Bundeswehrsoldaten in Nordafghanistan hat die IBU mutmaßlich mitgewirkt.

Hier das Video:

Hier ein Video, das sich ebenfalls auf der Seite der Terroristen befindet und unter anderem einen Angriff auf deutsche Soldaten im April 2010 zeigt. Das Video beinhaltet auch drastische Bilder.

Ein weiteres Video, wo die Taliban einen US-Stützpunkt angreifen:

(Video- und Internetrecherche: theAnti2005)



Iran bereitet Massengräber für US-Truppen vor



Für den Fall einer Invasion von US-Truppen bereitet der Iran derzeit Massengräber für amerikanische Soldaten vor. General Hossein Kan'ani Moghadam sagte, dass die Gräber in der süd-westlichen Provinz Khuzestan an der Stelle ausgehoben wurden, wo der Iran die getöteten irakischen Soldaten während des Krieges 1980-1988 mit dem Saddam-Regime begraben hat. „Diese Massengräber sind jetzt für die amerikanischen Soldaten hergerichtet worden“, sagte Moghadam. (Quelle: [The Guardian](#))

(Spürnase: Alster)

Macht für Taliban: Offener Brief an Jürgen Trittin



Der grüne Spitzenpolitiker Jürgen Trittin kommentierte am Wochenende die Ermordung der zehn westlichen Hilfskräfte in Afghanistan mit dem Satz: „Der tragische Tod der Hilfskräfte zeigt, wie weit das Land immer noch von einer Stabilisierung entfernt ist“. Zu dieser unfassbaren Aussage erhielten wir einen Offenen Brief eines Lesers, den wir an dieser Stelle, [passend zu dem vorangegangenen Artikel](#), veröffentlichen.

Sehr geehrter Herr Trittin,

alle normalen denkenden Menschen der westlichen Welt trauern über zehn Ermordete in Afghanistan. Darunter Augenärzte, welche hunderten und tausenden von Afghanen das Augenlicht wieder geschenkt haben, durch Operieren des Grauen Stars und anderer medizinischer Maßnahmen. Sie sind von den Taliban auf grausame Weise und ohne Grund umgebracht worden. Die Islamisten haben sich ganz klar zu den Morden bekannt. „Spioniert und missioniert“ hätten sie, die Ärzte und die Helfer der amerikanischen Organisation – wie auch die unserer deutschen Christoffel-Blindenhilfe. Ich selbst bin vor fünf bzw. zwei Jahren an Grauem Star operiert worden und weiß daher, was für eine Wohltat das ist. Daher habe ich auch in den letzten Jahren vielfach für die Christoffel-Blindenhilfe

gespendet.

Wie pervers sind doch die Taliban, die in dieser Hilfe, die ja zweifelsohne überwiegend von christlichen Medizinerinnen ausgeübt wird, eine zu bestrafende Christenmission sehen. Diese Mediziner haben ihren Tag bis zum Anschlag ausgefüllt mit praktischen Problemen und mit der Behandlung der Massen von Bedürftigen, auch und gerade in Afghanistan. Daher kann man sagen, sie mussten sterben, weil sie Christen – oder jedenfalls christlich im weitesten Sinne, westlich eben – waren.

Die Mörder, die Taliban, agieren explizit im Namen von Islam, Koran, Mohammed und Scharia. Daher ist die Ideologie des Islam ursächlich für die Morde verantwortlich. Der Islam ist gefährlich – eine leider vieltausendfach immer wieder neu bestätigte Erkenntnis ist für uns klar denkende Menschen eine logische Feststellung.

Wer nun erwartet, dass unsere Politik danach und dementsprechend handeln, der irrt. Erstens verschweigen unsere Massenmedien – und zweitens dann die Politiker – konsequent und auf breiter Front jede Formulierung, die zu dieser Erkenntnis führt oder führen könnte. Daher ist die Freiheit unserer Medien und die Freiheit der Meinung beim Thema Islam in Frage gestellt – oder sie ist bereits abgeschafft, je nach Interpretation.

Alle diese bedenklichen und gefährlichen Entwicklungen wurden nun von Ihrer Einlassung zum Geschehen weit übertroffen. Sie haben es geschafft, den Islam zu entlasten, und gleichzeitig die Schuld an den Morden „uns“, dem Westen, in die Schuhe zu schieben. Sie sagten:

„Der tragische Tod der Hilfskräfte zeigt, wie weit das Land immer noch von einer Stabilisierung entfernt ist“.

Eine raffinierte Aussage. Im Hinterkopf fragt sich der Zuhörer

nun, wer denn eigentlich daran schuld sein könnte, dass Afghanistan „von einer Stabilisierung immer noch (so) weit entfernt ist“? Werden die westlichen Soldaten nicht oft als „Stabilisierungskräfte“ bezeichnet? Dann ist es klar. Sie haben versagt. Sie haben das Land nicht stabilisiert, sondern wohl eher in Mord und Totschlag hineingetrieben. Die zehn Morde vom 6. August sind daher das Ergebnis der westlichen Politik. „Wir“ sind schuld. Weil „wir“ in Afghanistan sind. „Wir“ haben die aufrechten Taliban provoziert und nun erhalten „wir“ die Quittung.

Sehr geehrter Herr Trittin, neben der Bewunderung für ihre rhetorischen Fähigkeiten widert mich ihre Geisteshaltung an. Sie wissen ganz genau, wes Geistes Kind die Taliban (übersetzt „Koranschüler“) sind. Wir haben noch in allzu guter Erinnerung, wie während ihres Terror-Regimes Frauen gesteinigt, Menschen fürchterlich gefoltert und grausam misshandelt wurden. Nicht „wir“ sind für diese Zustände verantwortlich, sondern diese barbarisch-rückständig-islamischen Gotteskrieger, die glauben, im Auftrag ihres Gottes Allah zu handeln.

Wir sollten uns langsam diesen unbequemen Wahrheiten widmen, als ständig um den heißen Brei herumzureden und immer der westlichen Gesellschaft die Verantwortung für die Missetaten einer 1400 Jahre alten Gewaltideologie in die Schuhe zu schieben.

Und noch einmal raffe ich mich auf zu einem Brief an Sie und alle Menschen guten Willens. Möge der deutsche Wähler aufwachen, unsere aktiven Politiker neu zusammenstellen und die nicht berücksichtigen, die in maximal verleumderischer Weise „uns“ die Schuld an allen Übeln der Welt geben.

Herbert Klupp

455.000 Dollar für Kundus-Täter



Sie schnitten zwei LKW-Fahrern bei lebendigem Leib die Köpfe ab. Dann stahlen sie zwei Tanklastzüge, um sie als Vernichtungswaffen gegen deutsche Soldaten einzusetzen. Oberst Klein tat, was seine Pflicht als Soldat im Krieg ist: Er rief Luftunterstützung, um die ihm anvertrauten Soldaten zu schützen und tötete 91 Feinde. Jetzt zahlt die Bundesregierung 5.000 Dollar pro Kopf. Aber nicht als verdiente Prämie an Oberst Klein. Auch nicht an die Familien der zwei geschächeteten Opfer. Sondern an die Täterfamilien.

n-tv behauptet dennoch, hier würden [„Opfer“ entschädigt](#):

Knapp ein Jahr nach dem verheerenden Luftschlag von Kundus können die Angehörigen der Opfer auf baldige Entschädigung hoffen. Nach monatelangen Verhandlungen steht eine angebotene Summe von 5000 Dollar (rund 3800 Euro) pro Familie der Getöteten und Verletzten fest. Bei dem Bombardement am 4. September 2009 auf deutsche Anordnung kamen nach neuen Zahlen auch der Bundeswehr 91 Menschen ums Leben, elf wurden schwer verletzt. Im offiziellen ISAF-Bericht war von bis zu 142

Toten oder Verletzten die Rede.

Das Verteidigungsministerium zeigte sich zuversichtlich. „Wir hoffen, dass es im August zum Abschluss kommt“, sagte ein Ministeriumssprecher. „Die Gespräche mit den Anwälten verliefen sehr konstruktiv bislang. Sie haben die individuelle Unterstützung von 5000 Dollar im Prinzip begrüßt.“ Die Verhandlungen seien aber noch nicht beendet. Die Opferanwälte um den Bremer Juristen Karim Popal hatten für jeden Todesfall eine deutlich höhere Entschädigung von rund 28.000 Euro gefordert.

Das Ministerium bestätigte einen „Stern“-Bericht, nach dem pro Familie 5000 Dollar vorgesehen sind. Für jede Opferfamilie soll ein eigenes Konto in Kundus eingerichtet werden. Die Zahlungen sollen nicht offiziell als Entschädigung ausgewiesen werden, sondern als humanitäre Hilfe, um Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden. Ein unabhängiger Mittler hatte die Einzelheiten nach Gesprächen mit Dorfältesten und Angehörigen der Opfer vereinbart.

Und wieviel zahlt die afghanische Regierung den Hinterbliebenen gefallener deutscher Soldaten, deren lebensgefährlichen Einsatz sie ihre Macht zu verdanken hat?



Wie soll er denn heißen?



Manche Fragen bewegen die Menschen über alle kulturellen und religiösen Grenzen hinweg im gleichen Maß, weswegen man sie auch die allgemein-menschlichen nennt. Dazu gehört sicher, dass es Eltern und Großeltern bewegt, welchen Namen ein Neugeborener erhalten soll. Mit der Entscheidung werden die kulturellen Differenzen aber manchmal doch wieder sichtbar.

Wie die israelische Zeitung [Haaretz berichtet](#), stand auch der Chef der islamischen Terrororganisation Hamas, Ismail Haniye, jetzt vor der Frage, seinem neuesten Enkelkind einen passenden Namen auszusuchen. Die Entscheidung fiel auf den erstaunlichen Namen „Recel Tayyip Erdogan“ – nach dem gleichnamigen Türkenführer. Dessen Name sollte nach seiner offenen Unterstützung für die Gaza-Terrorflotte und den Überfall auf die israelischen Soldaten an Bord eines der Schiffe für immer in Gaza in aller Munde sein.

Dem kleinen Erdogan mit dieser schweren Hypothek trotzdem alles Gute – er kann ja nichts dafür. Hoffentlich kommt er nicht auf den Opa.

Spürnase: Solozzo



UNIFIL: Libanon begann Schusswechsel



Allmählich kommen die näheren Umstände der gestrigen Schießerei an der israelisch-libanesischen Grenze ([PI berichtete](#)) ans Licht. Wie [die Haaretz](#) unter Berufung auf die libanesische Zeitung A Nahar berichtet, geben auch libanesische Quellen und Zeugen inzwischen zu, das Feuer als erste eröffnet zu haben.

Neu ist, dass nun endlich auch die zur Überwachung des Friedens seit 2006 im Südlibanon stationierten UNIFIL-Soldaten die Geduld verlieren und ihr Schweigen brechen.

Die [WELT berichtet](#):

Israel entfernt regelmäßig Bäume und Gestrüpp in der Grenzzone zu dem feindlichen Nachbarland, um für bessere Sicht zu sorgen. Damit sollen auch mögliche Entführungen israelischer Soldaten durch libanesische Milizen verhindert werden. Der Zwischenfall am Dienstag, bei dem die Israelis auch Kampfhubschrauber, Panzer und Artillerie eingesetzt hatten, war der schwerwiegendste seit dem Libanonkrieg im Sommer 2006.

Nach israelischer Darstellung waren die Soldaten zwischen dem

Sicherheitszaun und der blauen Linie, der internationalen Grenze, im Einsatz, also nicht auf libanesischem Territorium. Die internationale Beobachtertruppe Unifil bestätigte dies am Mittwoch nach Untersuchungen vor Ort. Der umstrittene Baum habe sich südlich der blauen Linie, also auf israelischer Seite befunden, sagte Unifil-Sprecher Andrea Tenenti. Beirut hatte Israel beschuldigt, auf libanesisches Gebiet vorgedrungen zu sein.

Wie die [Haaretz außerdem berichtet](#), habe Israel offizielle Beschwerde bei der UN eingelegt. UNIFIL Kommandeure bestätigten unterdessen, dass sie sich ständig mit Provokationen der libanesischen Seite befassen müssten. Im übrigen habe Israel die Arbeiten auf seiner Seite der Grenzlinie ordnungsgemäß bei der UNIFIL angemeldet. Ein Offizier der internationalen Friedenstruppe bestätigte, diese Meldung an die libanesischen Armee weitergeleitet zu haben.

Der Vorfall, bei dem ein israelischer Offizier getötet und ein weiterer verwundet wurde, zeigt beispielhaft, von wem Unfrieden und Aggression im Nahen Osten ausgehen. Die traurige Regel gilt weiterhin: Wenn die Araber die Waffen niederlegen, herrscht Frieden. Wenn die Israelis die Waffen niederlegen, wird Israel vernichtet.

(Foto: Libanesischen Soldaten zielen auf israelische Soldaten jenseits des Grenzzauns)

Schusswechsel **an**

Libanesischer Grenze



An der Grenze zwischen Israel und Libanon ist es heute zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit mehreren Toten gekommen. Auslöser war angeblich der Versuch israelischer Pioniere, einen Baum an der Grenze zu fällen. Allerdings gab es schon vor Wochen Berichte, die libanesisische Armee habe 5.000 Soldaten in den Süden des Landes verlegt. Angeblich um gegen die zunehmenden Aktivitäten der islamfaschistischen Hisbollahmilizen vorzugehen. Das wäre eigentlich die Aufgabe der dort stationierten UN-Truppen gewesen, die aber zu alledem nichts weiter als die üblichen Appelle vorzubringen haben.

Der [FOCUS berichtet](#):

Zwei libanesisische Soldaten sind Augenzeugen und Sicherheitskreisen zufolge bei einem israelischen Angriff auf einen Armeeposten nahe der Grenze zwischen beiden Ländern getötet worden. Fünf weitere seien verletzt worden, als ein israelischer Hubschrauber am Dienstag zwei Raketen auf die libanesischen Soldaten abgefeuert und dabei ein gepanzertes Truppentransportfahrzeug zerstört habe, hieß es in den Kreisen. Der libanesische Fernsehsender Al Manar berichtete zudem, bei einem Schusswechsel an der Grenze sei ein hochrangiger israelischer Soldat getötet worden.

Aus israelischen Sicherheitskreisen war zuvor verlautet, an der Grenze arbeitende Pioniere seien von libanesischen Soldaten unter Feuer genommen worden. Die Pioniere hätten

zurückgeschossen. In libanesischen Sicherheitskreisen hieß es, israelische Soldaten hätten ein Dorf im Süden des Libanon beschossen und ein Haus getroffen. Auslöser sei gewesen, dass die Israelis versucht hätten, einen auf libanesischem Gebiet stehenden Baum zu fällen. Die libanesischen Soldaten hätten Warnschüsse abgegeben, die Israelis hätten dann zurückgeschossen.

Israelische Pioniere halten einen Schutzzaun zum Südlibanon instand. In dem Gebiet ist die pro-iranische Hisbollah aktiv, mit der sich Israel 2006 bekriegte. Auf der libanesischen Seite der Grenze sind neben libanesischen Soldaten auch Friedenstruppen der Vereinten Nationen stationiert. Diese riefen beide Seiten zu größter Zurückhaltung auf.

Vielen Dank allen Spürnasen!



**78-jähriger Franzose von Al
Kaida hingerichtet**



Der 78-jährige Ingenieur Michel Germaneau (Foto), der im April im Nordafrikanischen Niger entführt wurde, als er dort für einen humanitären Einsatz unterwegs war, wurde trotz aller Bemühungen der französischen Behörden hingerichtet. Möglicherweise wurde er bereits vor Wochen [von Al Kaida-Terroristen exekutiert](#).

Nicolas Sarkozy sagte in einer Fernsehansprache nach einem Krisentreffen seines Kabinetts, dieses „Verbrechen werde nicht ohne Strafe bleiben“. Frankreichs Außenminister Bernard Kouchner soll noch heute nach Mali, Niger und Mauretanien aufbrechen, um mit den Behörden vor Ort über Sicherheitsmaßnahmen für französische Bürger zu sprechen.

„Sie haben kaltblütig einen kranken Menschen im Alter von 78 Jahren ermordet“, sagte Sarkozy ...

Um eine Freilassung des 78-Jährigen hatte sich die französische Regierung in den vergangenen Wochen bemüht; zuletzt waren französische Soldaten am Donnerstag an einem mauretanischen Militäreinsatz gegen ein El-Kaida-Lager in Nordafrika beteiligt, bei dem mehrere El-Kaida-Mitglieder getötet und verletzt wurden. In einer am Sonntagabend vom Fernsehsender El Dschasira verbreiteten Tonbandaufnahme, auf der demnach der Chef der Gruppe El Kaida im islamischen Maghreb, Abu Mussab Abdelwadoud, zu hören war, hieß es dann, die Geisel sei am Samstag hingerichtet worden. Er sprach von „Rache“ für die Tötung von sechs Kameraden bei einem „feigen Einsatz Frankreichs“. Damit meinte er offenbar den gemeinsamen Militäreinsatz mit der mauretanischen Armee.

In den internationalen Medien wird Frankreich jetzt beschuldigt, zu wenig mit den Terroristen verhandelt zu haben und erhält den Rat, doch besser die Finger von der Terrorbekämpfung zu lassen – wer den Islam ärgert, ist selber schuld:

(Spürnase: T-Rex)

Athen: Linke ermorden Journalisten



Wer eine andere Meinung vertritt, gilt für Linke als Verbrecher. Eine Gesellschaft, die es gestattet, dass Extremisten demokratische Rechte Andersdenkender gewaltsam einschränken, ermuntert diese, bald auch über das Lebensrecht ihrer Gegner richten zu wollen. In Griechenland, wo der Linksextremismus durch einen duldsamen Staat bereits einen Schritt weiter ist als bei uns, haben die Kommunisten jetzt einen Journalisten ermordet, der ihnen nicht nach dem Maul geschrieben hat.

Der [SPIEGEL berichtet](#):

Rund 20 Patronenhülsen aus zwei Waffen fand die griechische Polizei am Tatort: In Athen ist Sokrates Giolias, Leiter des

privaten Radiosenders „Thema FM“ am Montag erschossen worden.

Der 37-jährige Giolias schrieb Beiträge für den beliebten Nachrichten-Blog „Troktiko“, in dem oft Skandale aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft behandelt wurden. Giolias wurde nach Polizeiangaben in den frühen Morgenstunden unter dem Vorwand aus seiner Wohnung im Stadtteil Ilioupolis gelockt, sein Auto sei gestohlen worden. Die Angreifer hätten dann auf ihr Opfer geschossen und seien anschließend in einem Auto geflohen.

Eine ballistische Untersuchung der Patronenhülsen ergab nach Polizeiangaben, dass der Journalist mit zwei Neun-Millimeter-Waffen erschossen wurde, die bei früheren Anschlägen der linksextremen Terrorgruppe „Sekte der Revolutionäre“ zum Einsatz kamen.

Journalisten und Politiker verurteilten die Ermordung Giolias‘ am Montag. „Demokratie und Meinungsfreiheit können nicht geknebelt, terrorisiert oder eingeschüchtert werden“, sagte ein Regierungssprecher.

Die „Sekte der Revolutionäre“ war im Dezember 2008 im Zuge landesweiter Unruhen erstmals aufgetaucht. Diese hatten sich am Tod eines Jugendlichen entzündet, den die Polizei erschossen hatte. Die „Sekte der Revolutionäre“ hatte anschließend Anschläge auf Polizei und Medien angekündigt. Letztere zählt die Gruppe zu den Unterstützern von korrupten Wirtschaftsunternehmen. Erst kürzlich hatte sich die „Sekte der Revolutionäre“ zu der Ermordung eines Anti-Terror-Polizisten vor einem Jahr bekannt.



War den Linksextremisten ein Dorn im Auge: Sokrates Giolias.

Griechenland ist uns in der Entwicklung der politischen Kriminalität voraus, aber Deutschland holt auf. Mit politischer Rückendeckung von Linkspartei, GRÜNEN und Jusos, die dafür sorgen, dass kriminelle Entwicklungen linksradikaler Autonomer von staatlicher Verfolgung weitgehend verschont bleiben, driftet die Szene in unerschütterlicher Selbstgerechtigkeit immer weiter ins terroristische Milieu ab. Verfassungsschutz und Innenministerium warnen vor einer neuen RAF, machen aber wenig Anstalten, das Problem bei seiner politischen Wurzel zu packen – also etwa das KPD-Verbot oder den Radikalenerlass konsequent anzuwenden. Die [WELT berichtet](#):

Es scheint das Organisationsprinzip von Mao Tse-tung zu gelten: „Der Revolutionär muss sich in den Volksmassen bewegen, wie ein Fisch im Wasser.“ Bundesinnenminister Thomas de Maizière stört das erheblich. Der CDU-Politiker beklagt, dass man im Gegensatz zum Rechtsextremismus, der bis in die kleinsten Verästelungen erforscht ist, „zu wenig über die autonome Szene weiß“.

Wer in dem professionell gestalteten Autonomienblatt „Prisma“ blättert, findet auf 80 Seiten eine lehrbuchartige Anleitung dazu, wie sich schwere Straftaten begehen und Spuren vermeiden lassen. Davon kündigt schon der Titel des Magazins, der für „prima radikales info sammelsurium militanter aktionen“ steht. Das Heft kostet laut Titelblatt „zwei bis

drei Mäuse“, Erscheinungsort, Auflagenhöhe und Verbreitungsgrad sind unbekannt. Das Impressum ist fiktiv: Die anonymen Verfasser bezeichnen sich als „lunatics for system change“, was sich mit „Wahnsinnige für den Systemwechsel“ übersetzen lässt.

Sie erklären, wie man im Kampf gegen Castortransporte „Bahnstrecken blockieren und sabotieren“ kann oder Strommasten umlegt. Unter der Rubrik „Feuriges!“ findet sich die neueste Gebrauchsanweisung für den „Nobelkarosentod 2.0“, die mit folgenden Sätzen beginnt: „Wir verwenden statt einem Joghurt-Becher einen Karton. In diesen wird Alufolie gelegt und mehrere Kohlestäbe darauf fixiert. Am Ende münden die Stäbe in Beutel mit Streichholzköpfen, die wieder die Aufgabe haben, einen Beutel mit Benzin oder ähnlichem Brennstoff zu entzünden.“ (...)

Die Beiträge in „Prisma“ basieren zum Teil auf älteren Ausgaben der bereits 1976 gegründeten Zeitschrift „Radikal“, die inzwischen nur noch sporadisch erscheint. Im Februar kam die 162. Ausgabe heraus, verantwortlich ist ein Redaktionskollektiv innerhalb der Revolutionären Linken. Darin veröffentlichten die Revolutionären Aktionszellen (RAZ) einen Bekennerbrief zu einem Anschlag mit Gaskartuschen, die im Szenejargon „Gasaki“ heißen.

Beigefügt ist eine detaillierte Anleitung zum Einsatz solcher Gasbomben mit der Aufforderung zum Nachbau. Unter anderem wurde damit im Februar das Haus der Wirtschaft in Berlin-Charlottenburg beschädigt – auf der Hauswand prangten die Buchstaben „RAZ“. Als verantwortlich und zuständig für das „Presserecht von kriminellen Vereinigungen“ zeichnet bei der angeblich in Amsterdam gedruckten „Radikal“ ein „Dr. Beyer“, wohnhaft in der Herrenstraße 45a, 76133 Karlsruhe. So lautet die Adresse des Bundesgerichtshofs. „Prisma“ und die Autonomen-Postille „Interim“, die die Berliner Polizei erst vor wenigen Tagen in linken Buchläden beschlagnahmte, liefern sogar Baupläne für einen Brandsatz mit elektronischem

Zeitzündler.

Nicht nur „Interim“, „Radikal“ und „Prisma“ propagieren Gewalt. In dem Flyer „Feinderkennung. Eine Gebrauchsanweisung für den Alltag“, eine Beilage der „Interim“, wird im Zuge der Antimilitarismuskampagne offen zu Straftaten aufgefordert. Gemeint sind nicht nur Brandanschläge auf Fahrzeuge des Postdienstleiters DHL (Deutsche Heeres Logistik), sondern gezielte Angriffe auf Bundeswehrsoldaten und deren Eigentum:

„Dies ist ein eindeutiger Aufruf, Soldatinnen und Soldaten nicht in Ruhe zu lassen, sie anzupöbeln, zu denunzieren, anzugreifen. ... Ab General: Nicht zögern. Reinhauen. Und zwar richtig. Scheiben einhauen, Auto abfackeln, öffentliche Empfänge versauen etc. Ab Gold auf der Schulter gilt: Wer direkt reinhaut, macht nichts verkehrt.“ Das Fazit, mit denen die Taten gegen Soldaten gerechtfertigt werden, lautet schlicht: „Sie sind Mörder“.

Zu befürchten haben die Terroristen dank politischer Protektion wenig. Auch die CDU, immer häufiger auf politischen Kuhhandel mit den GRÜNEN angewiesen, ist dadurch erpressbar geworden und wird kaum daran denken, durch Anwendung bestehenden Rechts, etwa des Radikalenerlasses oder des KPD-Verbots nachhaltig der terroristischen Entwicklung das Wasser abzugraben. Immer höhere Wahlergebnisse für GRÜNE und Linkspartei tun ihr übriges, um den Politkriminellen das Gefühl zu geben, Vollstrecker des Volkswillens zu sein. Anders als in Griechenland gelten Journalisten in Deutschland aber nicht als gefährdet. Kritische Journalisten, die sich engagiert gegen Links einsetzen, gibt es hierzulande fast nicht mehr. Und die geistigen Mitläufer haben keinen Grund, sich um ihre Sicherheit zu sorgen und betrachten die Entwicklung mit der klammheimlichen Genugtuung einer willkommenen Abwechslung im linken Spießleben.

(Spürnasen: Pete, Bernd v. S. und Mister Maso)

Böhmer: “Interkulturelle Kompetenz” schulen



Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (Foto, CDU), will die „interkulturelle Kompetenz“ der Bundeswehr schulen. Damit ist natürlich nur der Umgang mit der Religion des Friedens gemeint, nicht der mit Amish oder orthodoxen Juden. So lernen Soldaten vor ihrem Einsatz in islamischen Ländern, zum Beispiel Steinigungen nicht unsensibel zu unterbinden, sondern sich tolerant aktiv daran zu beteiligen.

Open Report [berichtet](#):

Die Integrationsbeauftragte wies darauf hin, dass inzwischen immer mehr Bundeswehrsoldaten einen Migrationshintergrund hätten. «Damit bleibt die Bundeswehr Spiegel der Gesellschaft», sagte sie. Durch ihre eigene Migrationserfahrung und ihre Sprachkenntnisse könnten diese Soldaten «besonders sensibel auf unterschiedliche Kulturen, Religionen und Lebenswelten eingehen». Zugleich erhielten die Migranten selbst durch ihren Dienst bei der Bundeswehr «die Chance, auf besondere Weise Ja zu unserem Land zu sagen», betonte die CDU-Bundestagsabgeordnete.

Also Jungs: Kein Alkohol, kein Schweinefleisch und im

Zweifelsfall bitte den ersten Stein werfen. Das zeigt wahre Sensibilität im Namen Allahs!

(Spürnase: kiroy-was-here)